

Protokoll

über die nichtöffentliche Sitzung des Landtages vom 4. September 1934.

Abwesend und entschuldigt sind die Abgeordneten: Batliner, Frommeät Ad.

& Dr. Wilh. Beck.

Regierungsvertreter: Reg. Chef Dr. Hoop

Schriftführer Gassner.

Bei Behandlung von Punkt 1 der Tagesordnung sind auch zugegen die

Vertreter des Bauernvereines: Altabg. Jos. Gassner, Triesenberg und

Joh. Frick, Balzers.

1. Hilfsmassnahmen für die Landwirtschaft

Reg. Chef: Vom Bauernverein wurde der Wunsch ausgesprochen, auch heuer wieder zur Belebung des Viehhandels eine Viehausfuhrprämie seitens des Landes auszusetzen. Die Erfahrungen des letzten Jahres haben gezeigt, dass diese bescheidene Beigabe sich sehr günstig ausgewirkt hat.

Büchel Peter: Wenn man etwas machen will, dann liesse ich es ganz genau wie im letzten Jahre.

Elkuch möchte diese Prämienausschüttung rückwirkend machen, doch entscheidet sich die Mehrheit nicht dafür, da es zu weit gehen würde und umgekehrt die Ansicht vertreten wird, dass diejenigen, welche im Sommer verkauft haben, doch noch bedeutend besser verkauften, als jene, welche erst im Herbst verkaufen.

Reg. Chef: weist darauf hin, dass auch bezeichnenderweise gerade die Schweiz immer mehr zum System der individuellen Behandlung übergehe.

Gassner Jos. ersucht um eine wohlwollende Behandlung und um Erhöhung der Prämien. Fr. 20,000 sei eine minime Hilfe. Man sollte nicht zuerst warten, bis der Bauernstand vernichtet sei. Er möchte nicht die individuelle Behandlung sondern eine allgemeine Hilfe empfehlen.

Die Stimmung unter der Bauernschaft ist erbittert, sie steht ganz schlecht da und eine ausgiebige Hilfe ist wirklich am Platze. Ich verweise insbesondere auf die Lage der Bergbauern, die nichts pflanzen können und die Alpumlagen, Steuern etc. sollten sie bezahlen. Es ist aber bei den heutigen Viehpreisen nicht mehr möglich.

Andere Einkommen haben die Bergbauern nicht, wie die im Lande.

Die individuelle Behandlung in dieser Form, ist kein Standpunkt.

Wenn man zuerst wartet, bis einer auf dem Kirchplatz kommt, dann ist ihm auch nicht mehr geholfen.

Präsident und Reg. Chef verweisen Gassner auf die vielen Gesuche von Triesenberg und gerade der sozial Schwächste nehme nicht viel von diesen Verkaufsprämien ein. Es komme immer mehr den Bessergestellten zugute. Wenn man eine grössere Summe aussetzen wolle, so sei zu überlegen, ob nicht eine andere Verteilung gerechter wäre. Zudem sei im Budget nichts für solche Zwecke vorgesehen und wenn Mittel beschafft würden, könnte mehr gegeben werden.

Risch Bernhard: Und Elkuch regen an, die Krisensteuer einzuführen.

Ospelt: beantragt eine 50%ige Erhöhung der Prämien.

Nascher spricht sich gegen eine Erhöhung der Ausfuhrprämien aus.

Risch Ferdi: Es liegt noch ein Gesuch des liecht. Viehversicherungsvereines vor und das muss behandelt werden. Wenn dieser Verein nicht subventioniert wird, wird er bei der nächsten Generalversammlung liquidieren. Die Lage ist äusserst schlecht. Die Preise sinken immer von Termin zu Termin und die Verwertung der umgestandenen Tiere ist eine miserable. Ein Anschluss an die schweiz. Versicherungen kommt wegen der hohen Prämien nicht in Betracht. Ich beantrage, nochmals über diese Krisenzeit hinauszuhelfen. Der Verein hat sich durch viele Jahre bis zum letzten Jahr ohne staatliche Beihilfe über Wasser gehalten und die Institution ist besonders für die Kleinbauern eine nützliche.

Der Landtag beschliesst sodann ^{1./} mit 10 Stimmen ~~MM~~ die Ausschüttung von Ausfuhrprämien wie im letzten Jahre, und ^{liecht/} 2./ für den Viehversicherungsverein und den Viehversicherungsverein rein Mauren eine einmalige Subvention von Frs. 5000, prozentual auf die beiden Vereine verteilt wie im letzten Jahre.

2. Landesgrenze bereinigung gegen Oesterreich.

Präsident: verweist auf den mit dem österr. Bundeskanzleramt erfolgten Schriftwechsel und die bisher stattgefundenen Augenscheine und verliest die bezgl. Protokolle. Es handelt sich um einen Grenzstreit südlich des Sareiserjoches. Es handelt sich hauptsächlich um das Jagdrecht und die strittige Fläche hat ein Mass von 75,000 Klaftern. Die Oesterreicher haben den Vorsprung, dass sie Grenzbeschreibungen haben.

Wir haben nichts in der Hand und wenn wir es darauf ankommen lassen, werden wir den Kürzeren ziehen. Die Nutzung dieses Gebietes ist bis heute unbestritten.

Reg. Chef: und Gassner Jos.: beantragenden Zustand zu lassen wie er sei. Es könnte niemals verantwortet werden, Staatsgebiet freiwillig abzutreten.

Der Landtag ist einmütig der Auffassung, nicht darauf einzugehen und der österr. Regierung mitzuteilen, dass es beim alten Zustand belassen werden soll. Eine Veräusserung des bisherigen Staatsgebietes komme nicht in Frage. Es soll aber fleissig Material gesammelt werden und dann könne man später auf die Angelegenheit zurückkommen.

Bis dahin soll alles im Alten bleiben.

3. Herstellung einer Touristenkarte f. d. Gebiet d. Rhätikons.

Reg. Chef: Hofrat Klebelsberg ist mit dem Ersuchen an die Regierung herangetreten, das Land möchte zu den Kosten der Herstellung einer Touristenkarte des Rhätikons, die 7500 RM. kosten würde, einen entsprechenden Beitrag bezahlen.

Der Landtag ist einstimmig der Meinung, dass die Mittel für andere Zwecke verwendet werden müssen und lehnt eine Subventionierung rundweg ab.

4. Gesuch des Joh. Sos. Näscher in Eschen um Aufhebung der Wegweisung des Jos. Bell.

Reg. Chef: verliest das Gesuch und klärt über den Stand der Angelegenheit auf.

Der Landtag lehnt es als für das Gesuch unzuständig ab, darauf einzutreten und verweist die Behandlung derartiger Gesuche an die kompetenten Stellen.

Anschliessend wird im Schosse des Landtages der Wunsch laut, es sollte mit der Erteilung der Arbeits- und Aufenthaltsbewilligungen an ausländische Arbeitskräfte ein strengerer Massstab angewendet werden. Teilweise herrscht die Meinung vor, überhaupt fast gänzlich für weibliches Hauspersonal und landwirtschaftliche Arbeiter zu sperren.

5. Kostenbeitrag für Erstellung der Schlucherstrasse.

Reg.Chef referiert über den Stand der Angelegenheit und verweist auf den Standpunkt der Gemeinde Triesenberg, welche bereit sei, die halben Kosten der Strasse zu tragen und die Unterhaltspflicht für später zu übernehmen, jedoch soll die Brücke vom Lande unterhalten werden. Nunmehr sei jedoch eine neue Variante aufgetaucht, nämlich keine Brücke, sondern eine Schale zu machen, was wohl auch richtiger sei.

Ebenso liege auch ein Gesuch der Alpgeneossenschaft Gusch vor um eine 20%ige Subventionierung eines Alpweges im Vordervelorsch.

Ich beantrage, mit der Beschlussfassung über diese beiden Gesuche noch zuzuwarten, bis ich ein genaues Budget aufgestellt habe, Bisher war mir dies infolge Abwesenheit des Landestechnikers nicht möglich.

Der Landtag stimmt diesem Antrage mehrheitlich zu.

6. Abänderung des Gesetzes betr. die Förderung der Viehzucht. LGBI. 1928 Nr. 10

Reg.Chef: Es sind seitens der Landesviehveredlungskommission Anträge auf Abänderung dieses Gesetzes ergangen. Es handelt sich hauptsächlich darum, die Punktzahl für Prämierungen in die Höhe zu setzen. Es ist dies einerseits ein Angleichung an die schweizerischen Verhältnisse und andererseits zieht diese Neuordnung eine gewisse Erschwernis nach sich.

Bei Beratung des Art 16 entspinnt sich ein rege Debatte wegen der Nichtbezahlung der Zuchtstierumlagen durch die Mitglieder der Genossenschaften. Schlisslich stimmt der Landtag mehrheitlich für folgende Fassung: " Die Genossenschaftsmitglieder haben für sämtliche in ihrem Besitze stehenden beim Genossenschaftsstier geführten Tiere keine Umlage zu bezahlen.

Es werden dann noch andere kleinere Abänderungen vorgenommen. Das Gesetz soll bis zur nächsten Sitzung redigiert und vorbereitet werden.

Zuletzt werden noch die Protokolle der allerletzten Sitzungen verlesen und genehmigt.

Schluss der Sitzung um 1/4 6 Uhr.

.....
Georg Fuchs
H. Müller Wörler